

„Direktzahlungen sind nicht fair.“

Die Direktzahlungen würden den Strukturwandel fördern, behauptet Frieder Thomas im LANDWIRT Interview. Der Leiter des Kasseler Instituts für ländliche Entwicklung fordert Preis-Kosten-Ausgleichszahlungen, die auf die Betriebsgröße abgestimmt sind. Das würde die Existenz kleinerer Betriebe sichern.

Ein Interview von Roman GOLDBERGER, LANDWIRT Redakteur

Was ist schlecht an den aktuellen Direktzahlungen?

Frieder Thomas: Direktzahlungen sind nicht fair. Im Gegenteil, sie fördern sogar den Strukturwandel. Jeder Landwirt bekommt den gleichen Förderbetrag pro Hektar. Somit werden größere Betriebe mehr und kleinere Betriebe weniger gefördert. Es wird nicht differenziert, ob der kleinere Betrieb in schlechter Lage etwas mehr braucht und der größere Betrieb in bester Lage auch mit weniger auskommen würde. Es wird auch nicht differenziert, ob die Erzeugerpreise für ein Produkt im Keller oder gerade hoch sind. Wir brauchen ein Fördersystem, in dem darauf geachtet wird, was ein einzelner Betrieb im Krisenfall wirklich braucht. Ein System, das dann hilft, wenn der Markt



Dr. Frieder Thomas (links) leitet das Kasseler Institut, dessen Ziel die Förderung des Wissenstransfers zwischen der Forschung und gesellschaftlichen Einrichtungen wie Bund, Länder, Kommunen und Verbänden in den Bereichen Regionalentwicklung, Landwirtschaft und Agrarpolitik sowie Umwelt- und Naturschutz ist.

versagt und mit dem wir kleine Betriebsstrukturen erhalten können

Sie schlagen Preis-Kosten-Ausgleichszahlungen vor. Wie funktioniert das?

Es gibt bereits ein von der EU angelegtes europaweites Informationssystem mit Buchführungsergebnissen. Dabei werden Betriebe in regionale Größenklassen eingeteilt, denen Produktionskosten unterstellt werden. Ein Betrieb der Größenklasse 4 in Hessen mit durchschnittlich 23 Kühen und 6.500 Liter Milchleistung hatte 2015 zum Beispiel 66 Cent Gesamtkosten inklusive Arbeit, wenn man tarifliche Löhne für Betriebsleiter ansetzt. Ein Betrieb in der Größenklasse 5 mit 68 Kühen und 7.237 kg Stalldurchschnitt hatte nur rund 52 Cent Gesamtkosten. Der Betrieb mit den niedrigeren Kosten braucht keinen so hohen Preis-Kosten-Ausgleich wie der Betrieb mit den höheren Kosten.

Wie errechnen sich die Ausgleichszahlungen?

Ausgleichszahlungen soll es dann geben, wenn der Marktpreis einen vorher festgelegten Wert unter den Produktionskosten unterschreitet. Das könnte zum Beispiel sein, wenn die Preise unter 80 % der Kosten fallen. Das hieße: beim kleineren Betrieb unter 52,80 Cent und beim größeren Betrieb unter 41,60 Cent. Wenn der Milchpreis unter diese Marken fällt, wird die Differenz durch Ausgleichszahlungen ausgeglichen. Im Grunde ist es ein neues Sicherheitsnetz.

Ob die Ausgleichszahlungen bei 80 % der Kosten einsetzen oder darunter, das sollte das Ergebnis einer politischen Diskussion sein.

Wird das nicht die Groß-Klein-Debatte befeuern?

Kleinere Betriebe haben höhere Kosten, das ist Fakt. Dieser Vorschlag einer Agrarstrukturpolitik zielt darauf ab, die Betriebe in ihrer Existenzsicherung zu unterstützen. Wir diskutieren nicht, ob wir die Existenz des Kleinen oder des Großen sichern müssen, wir wollen die Existenz beider sichern.

Damit bekommen effizient arbeitende Betriebe weniger Geld. Ist das im Sinne der Marktwirtschaft?

Die Marktwirtschaft ist ja nur ein Instrument, um die Ziele der Gesellschaft zu erreichen. Ziel der Gesellschaft ist es, kleine landwirtschaftliche Betriebe zu erhalten. Genau diese Betriebe arbeiten aber oft mit höheren Kosten als größere Betriebe, deren Stückkosten niedriger sind. Daher müssen wir gerade die kleineren Strukturen besser unterstützen.

Außerdem: Das Prinzip der Marktwirtschaft wirkt auch hier. Das Sicherheitsnetz ist tief gespannt. Es ist keine Hängematte zum Ausruhen.

Provokant gefragt: Warum soll der Steuerzahler für kleine, unrentable Strukturen Geld zahlen?

Weil er es will. Unsere Gesellschaft macht vieles, was angeblich unrentabel ist. Eine Gesellschaft hat ja mehr Ziele als nur möglichst viel Gewinne zu machen. Wir haben diese Dis-

„Direktzahlungen sind nicht fair. Im Gegenteil, sie fördern den Strukturwandel.“



„Wenn der Milchpreis unter diese Marken fällt, wird die Differenz durch Ausgleichszahlungen ausgeglichen.“

„Wir diskutieren nicht, ob wir die Existenz des Kleinen oder des Großen sichern müssen, wir wollen die Existenz beider sichern.“

kussion auch in der übrigen Wirtschaft: Brauchen wir den Mittelstand oder reicht es, wenn wir VW, Audi und andere Großkonzerne haben? Rein ökonomische Aspekte zählen da nicht.

In den 1960er-Jahren gab es ein ähnliches System. Ist das nicht ein Rückschritt?

Vom Interventionssystem der 1960er-Jahre unterscheiden wir uns wesentlich. Damals wurde den Molkereien der Preisausgleich ausbezahlt, wenn der Preis unter eine gewisse Schwelle fiel. Die Molkereien haben dann den höheren Preis an die Bauern ausbezahlt – oder auch nicht. In unserem System bekommen die Landwirte den Ausgleich direkt und wir können im Gegensatz zum System der 1960er-Jahre auch nach Betriebsgröße differenzieren. Das heißt, diejenigen, die etwas zur Existenzsicherung brauchen, bekommen etwas, und zwar in angemessener Größenordnung.

Für den einzelnen Betrieb ist eine Kategorisierung in Größen- und Leistungsklassen immer heikel. Da gibt es Gewinner und Verlierer.

Bei Systemveränderungen gibt es immer Gewinner und Verlierer. Unsere Frage ist: Wer braucht Unterstützung bei der Existenzsicherung im Krisenfall? Wenn Sie Kritik üben, dann vergleichen Sie unseren Vorschlag bitte mit dem aktuellen System. Derzeit werden Direktzahlungen pro Hektar ausbezahlt. Da wird überhaupt nicht differenziert. Die Tierhaltung kommt nicht vor. Und dass die Flächenförderung für einen Ackerbauern und einen Gemüsebauern nicht die gleiche Bedeutung hat, weiß auch jeder. Selbst wenn die Differenzierung im neuen System für den einen oder anderen Betrieb nicht ganz zu 100 % den Nagel auf den Kopf trifft, ist dieses System den aktuellen Direktzahlungen überlegen.

Hat das nicht einen immensen Verwaltungsaufwand zur Folge?

Ich glaube nicht, dass der Verwaltungsauf-

wand jetzt geringer ist. Wir müssen ja jetzt schon Bäume zählen und Landschaftselemente aus Wiesen herausrechnen. Da steckt ein immenser Bürokratismus dahinter, der durch unsere Idee einer neuen Agrarstrukturpolitik jedenfalls nicht mehr wird. Im Gegensatz zum Status Quo könnten wir aber die kleinen Betriebe so eher erhalten.

Dennoch, für alle Agrarprodukte Kategorien zu definieren und alle Betriebe zuzuteilen, erscheint illusorisch.

Ich gebe Ihnen recht, dass wir diese Preis-Kosten-Ausgleichszahlungen nicht auf jedes Produkt herunterrechnen können. Wir müssten uns auf Leitprodukte wie Milch, Fleisch und ein paar Getreidekulturen konzentrieren.

Landwirte stehen oft als Förderungsempfänger am Pranger. Wäre es nicht besser, kleine Betriebe über Agrarumweltmaßnahmen etc. stärker zu fördern?

Wir haben in unserem Papier mehrfach deutlich zum Ausdruck gebracht, dass wir das Prinzip „öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen“ für richtig halten. Aber wir sind der Überzeugung, dass das nicht ausreicht. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Vor kurzem fand in Berlin eine große Demo unter dem Titel „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ statt. Da gab es viele Transparente und Schilder, aber nirgends stand „Agrarfabriken ja, wenn sie ökologisch sind“.

Was wollen Sie damit sagen?

Dass wir in der Gesellschaft einen starken Trend in Richtung „Bäuerlichkeit“ feststellen. Der Lebensmittelhandel sieht in der Regionalität eine große Marktchance. Der Markt für Land-Magazine wie Landlust ist in den letzten Jahren explodiert. Der Wunsch der Gesellschaft nach einer bäuerlichen, überschaubaren Landwirtschaft ist mindestens so stark wie der Öko-Wunsch.

Man kann bäuerliche Strukturen mit einem Agrarumweltprogramm auch erhalten.



„Wir fordern, dass die EU wieder Marktpolitik betreibt und die Produktion regelt.“

Alle Fotos: Benjamin Stollenberg

„Der Betrieb mit den niedrigeren Kosten braucht keinen so hohen Preisausgleich als der Betrieb mit den höheren Kosten.“

Ich unterstütze die Honorierung für ökologische Leistungen, aber es ändert nichts am Strukturwandel. Auch in der Ökolandwirtschaft haben wir Strukturwandel und Wachstumsdruck. Wir sollten die Ziele der ersten und zweiten Säule nicht vermischen. Das Ziel der zweiten Säule der Agrarpolitik ist Ökologisierung und das Ziel unseres Vorschlags ist Existenzsicherung.

In den letzten 20 Jahren sind die Kosten für Betriebsmittel stärker gewachsen als die Preise für Agrarprodukte. Wenn sich dieser Trend fortsetzt, dann müssten die Preis-Kosten-Ausgleichszahlungen immer höher werden. Ist das realistisch?

Sie haben recht. Würde sich dieser Trend fortsetzen, so würde sich auch unsere Idee der Preis-Kosten-Ausgleichszahlungen kaum finanzieren lassen. Deshalb fordern wir, dass die EU wieder Marktpolitik betreibt und die Produktion regelt. Die landwirtschaftliche Produktion ist für einen freien Markt zu unflexibel, weil man nicht von heute auf morgen die Produktion stoppen kann. Die Kühe oder Schweine sind nun mal im Stall und das Getreide wächst auf dem Feld. Insofern sind die Abnehmer von Agrarprodukten in der besseren Position und können Preise drücken. Wir fordern daher regulative Eingriffe, die den Markt stabilisieren. Unsere Idee der Agrarstrukturpolitik baut darauf auf.

Wie reagierten Vertreter der Politik auf Ihr Papier?

Ganz unterschiedlich. Wir hatten bisher viele Diskussionen, das war auch unser Ziel. Erst wenn darüber debattiert wurde, werden wir wissen, ob etwas davon einmal angewendet wird.

Glauben Sie selbst daran?

Was wir jedenfalls schaffen werden, ist, dass in Zukunft stärker über Agrarstrukturpolitik diskutiert wird. Derzeit konzentrieren sich die Debatten auf Honorierung gesellschaftlicher

Leistungen. Wir müssen aber eine stärkere Strukturdiskussion führen und da haben wir einen Anstoß gegeben.

Wird es diese Form der Preis-Kosten-Ausgleichszahlungen einmal geben?

Sinnvoll wäre es jedenfalls. Ob es politisch in der Form durchgesetzt wird, die wir vorschlagen, weiß ich nicht. Aber wir haben zumindest eine spannende Diskussion darüber angestoßen, wie man nicht nur eine umweltfreundliche und tiergerechte Landwirtschaft, sondern auch wie man eine bäuerliche Landwirtschaft unterstützen könnte. ■

Das steht im Arbeitspapier

Im August hat das Kasseler Institut für ländliche Entwicklung ein Arbeitspapier veröffentlicht, das anstelle der bisherigen Form der Direktzahlungen eine „aktive Agrarstrukturpolitik durch Preis-Kosten-Ausgleichszahlungen“ fordert. Das Arbeitspapier sollte als Anstoß für die Überlegungen zur nächsten EU-Agrarreform nach 2020 dienen. Ziel dieser Agrarstrukturpolitik ist es, den Wachstumsdruck zu verringern. Insbesondere in Krisenzeiten sei ein Sicherheitsnetz erforderlich, um eine Existenzsicherung auch für kleinere Betriebe zu ermöglichen.

Dabei soll jeder Betrieb einem bestimmten Betriebstyp zugeordnet werden. Für den Betriebstypen (nicht für den konkreten Einzelbetrieb) werden die Produktionskosten errechnet. Dabei könnte laut Papier das von der Europäischen Kommission angelegte Informationsnetz landwirtschaftlicher Buchführungen genutzt werden. Zusätzlich brauche es laut Arbeitspapier eine Berechnung „Produktionskosten plus Einkommensansatz abzüglich X Prozent“. Sinken die Preise unter diese Marge, gibt es Ausgleichszahlungen. Wie hoch dieses „X“ ist, sollte laut Papier das Ergebnis einer politischen Debatte sein. Da sich für die verschiedenen Betriebstypen und für die verschiedenen Regionen Europas voneinander abweichende Erzeugerkosten ergeben und auch die Erzeugerpreise nicht überall gleich sind, ergeben sich unterschiedliche Preisausgleichszahlungen. Die Autoren Dr. Frieder Thomas, Prof. Dr. Onno Poppinga und Dr. Karin Jürgens sehen ihre Publikation als Anstoß für eine breit angelegte Debatte.

